Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 28. Mai 1880. Nr. 244.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Juni für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 27. Mai. Mit dem gestrigen Tage hat der zum Direktor der Domänen-Abtheilung im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten ernannte Geh. Ober-Finanzrath Rötger die Leitung der Geschäfte der Seehandlung übernommen. Wenn einzelne Zeitungen bereits den muthmaßlichen Nachfolger des verstorbenen Präsidenten v. Bitter bezeichnen, so muß, abgesehen davon, daß diese Namen wohl nicht als Kandidaten genannt werden können, erklärt werden, daß, wie es in der Natur der Sache liegt, über die Wiederbesetzung der Stelle noch nicht die geringste Verhandlung stattgefunden hat.

Die im Reichs-Eisenbahnamte aufgestellte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse auf den Eisenbahnen Deutschlands im Monat April ergiebt für die 83 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monat des Vorjahrs im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, nachstehende Daten. Die Einnahme aus allen Verkehrszweigen war bei 44 Bahnen höher, bei 39 Bahnen geringer als in demselben Monat des Vorjahrs; die Einnahme vom 1. Januar bis Ende April d J. bei 72 Bahnen höher und bei 11 Bahnen geringer als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

Angesichts des heranrückenden Termines, an welchem die Akademie des Bauwesens in's Leben treten soll, dürfte ein Rückblick auf die Entwickelung der bezüglichen Einrichtungen im Laufe der letzten 30 Jahre von Interesse sein.

Im Jahre 1848 wurde im Monat April die Verwaltung des öffentlichen Bauwesens auf das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten übertragen. Durch allerhöchste Verordnung vom 14. Januar 1850 wurde nach den Bestimmungen über die obere Verwaltung des Bauwesens vom 22. Dezember 1849 die von der Ober-Baudeputation bisher wahrgenommenen Geschäfte der Abtheilung für das Bauwesen des genannten Ministeriums übergeben und gleichzeitig die technische Baudeputation errichtet. Dieselbe hatte den Zweck, das gesammte Baufach in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung zu repräsentiren, die Anwendung allgemeiner Grundsätze im öffentlichen Bauwesen zu prüfen, Erfahrungen und Vorschläge zu begutachten und für die weitere Ausbildung des Baufachs Sorge zu tragen. Auch fungirte diese Deputation bis 1875 als Kuratorium der Bau-Akademie und bis Ende 1876 als Prüfungsbehörde für Bauführer und Baumeister. Eine solche Organisation der Deputation und die ihr mannigfach zuertheilten Aufgaben ließen in den Jahren nicht erkennen, daß sie den ursprünglichen Zweck, die Förderung der vaterländischen Baukunst, in vollem Umfange erfülle, und man nahm daher darauf Bedacht, neue Einrichtungen zu treffen, welche eine ersprießliche Thätigkeit für dieses Fach entfalten könnten. Aus diesem Grunde wurden Vorschläge gemacht, die namentlich in Betreff der zu wählenden Mitglieder einen neuen Modus in Aussicht nahmen, durch welchen dieselben auf den Vorschlag des Ministers der öffentlichen Arbeiten durch den König ernannt werden sollten. Man verfolgte mit dieser Ansicht zugleich den Zweck, die Wahl der Mitglieder nicht lediglich auf preußische Bautechniker zu beschränken, sondern in einzelnen Fällen Kapazitäten anderer Staaten des deutschen Reiches heranziehen zu können. An diesen Vorschlag reihte sich ein zweiter, der ebenfalls von hoher praktischer Bedeutung war, nämlich die Begrenzung der Wahl der Mitglieder auf einen gewissen Zeitraum, sowie die Einrichtung zweier Senate, für den Hochbau und für das Ingenieur- und Maschinenwesen, um dadurch dem Gesammt-Kollegium zunächst die Aufgabe der Berathung der Fragen organisatorischer und allgemein technischer Natur besonders zu überlassen. Nach diesen Gesichtspunkten haben sich die jetzt zur Einführung gelangenden neuen Einrichtungen entwickelt. Den Mitgliedern der mit dem 1. Oktober d. Js. in's Leben tretenden Akademie des Bauwesens soll die Berechtigung zustehen, die Wahl des Präsidenten und der Abtheilungs-Dirigenten unter Vorbehalt königlicher Bestätigung selbstständig vorzunehmen, sowie geeignete Personen als Mitglieder selbst vorzuschlagen. Man darf erwarten, daß diese Akademie des Bauwesens ein großes Feld der Thätigkeit offen finden wird, zumal auch anzunehmen ist, daß die Reichsbehörden, welche zur Zeit eine begutachtende technische Oberinstanz nicht haben, in eine zweckentsprechende Verbindung mit dieser Akademie treten werden.

Berlin, 27. Mai. Die „Nordd. Allg. Z.“ läßt zu den gestern veröffentlichten Aktenstücken drei weitere folgen:

„Berlin, den 5. Mai 1880.

Auszug.

Aus Eurer Durchlaucht gefälligem Bericht vom 30. v. Mts. — Nr. 209 —, mit dessen Inhalt die Meldungen des Grafen Werthern aus München und des Herrn v. Radowitz aus Paris, welche ich in Abschrift resp. im Auszug beizufügen mich beehre, parallel gehen, hat der Herr Reichskanzler den niederschlagenden Eindruck von der Unfruchtbarkeit unserer Verhandlungen gewinnen müssen. Die Ableugnung jedes Einflusses auf die Centrumspartei, welche eine erhebliche Zahl von Priestern enthält und zum größeren Theil unter priesterlichem Einfluß gewählt wird, ist uns beinahe zehn Jahre lang entgegengehalten worden; und ist es doch diese Partei, die 1871 den Konflikt geschaffen hat und ihn fortsetzt. Der Charakter der Partei, ihr Verhalten gegenüber der Regierung, ihr Zusammenwirken mit den negirenden und den destruktiven Elementen sind Eurer Durchlaucht aus eigener Wahrnehmung bekannt und in der anliegenden retrospektiven Denkschrift näher beleuchtet.

Das darin richtig geschilderte Verhalten der Centrumspartei ist für uns der Maßstab für die Wahrscheinlichkeit, mit welcher wir auf einen Erfolg unserer römischen Verhandlungen rechnen dürfen. Dieses Verhalten hat seit dem vorigen Herbst bis heute für die bejahende Beantwortung dieser Frage auch den letzten Anhalt zerstört, so daß der Reichskanzler sich von den Verhandlungen mit dem Vatikan gegenwärtig kein Ergebniß verspricht. Die Hoffnung des Reichskanzlers auf einen günstigen Erfolg der Unterhandlungen ist durch das Verhalten des Centrums geschwunden. Die Erklärung, daß der römische Stuhl keinen Einfluß auf das Centrum besitze, findet bei uns nicht Glauben. Euere Durchlaucht wollen gefälligst hinzufügen, daß die Remedur durch eine veränderte Haltung des Centrums auf dem Terrain des Reichstags, bei dem bald bevorstehenden Schlusse der Session, nicht mehr möglich und auf dem Terrain des bevorstehenden Landtages nicht wahrscheinlich sei. Habe der Papst wirklich keinen Einfluß auf das Centrum, was helfe der weltlichen Regierung dann eine Verständigung, die ihn zufrieden stellte? So wenig es auch mit den wiederholten gegen uns und öffentlich abgegebenen Versicherungen der Kurie von ihren erhaltenden Bestrebungen verträglich scheine, so konsequent sähen wir doch das Centrum mit den sozialistischen und fortschrittlichen Republikanern in dem monarchischen Deutschland zusammengehen.

gez.: v. Hohenlohe.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Reuß.

Wien.“

„Berlin, den 14. Mai 1880.

Auszug.

In Beantwortung der gefälligen Berichte Nr. 177 und Nr. 196 über Euerer Durchlaucht Unterredungen mit dem Pronuntius am 15. und 22. v. Mts. habe ich zunächst daran zu erinnern, daß die Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. März und der Staatsministerialbeschluß vom 17. desselben Monats, welchem das Breve vom 24. Februar zum Grunde liegt, einander dergestalt gekreuzt haben, daß die erstere am 4. April zu unserer, der letztere am 6. April zu des Pronuntius Kenntniß gelangt ist. Während auf die Mittheilung des Staatsministerial-Beschlusses die amtliche Antwort der Kurie noch aussteht, ist die Depesche vom 23. März, sind insbesondere die darin gestellten drei Fragen von dem preußischen Herrn Kultusminister und demnächst in einer neuerlichen Berathung des königlichen Staatsministeriums mit der achtungsvollen Sorgfalt erwogen worden, welche einer auf den ausdrücklichen Befehl Seiner Heiligkeit erfolgten Aeußerung gebühren.

Der Widerstand gegen die kirchenpolitischen Gesetze ist aus dem Kreise des höheren Klerus in die Vertretungskörper verpflanzt worden durch die Centrumsfraktion, die sich als Anwalt der katholischen Interessen, als dem päpstlichen Stuhle unbedingt ergeben gerirt, eine erhebliche Anzahl von Priestern enthält und zum größten Theile unter priesterlichem Einfluß gewählt ist. Von der Bekämpfung jener Gesetze, während sie berathen worden, von dem Verlangen nach ihrer Aufhebung, seit sie verfassungsmäßig zu Stande gekommen waren, ist diese Fraktion allmälig zu einer grundsätzlichen Opposition gegen alle Vorlagen und Maßregeln der preußischen und der deutschen Regierung übergegangen. Nur in der Tarifreform stimmte das Centrum im vorigen Jahre ausnahmsweise für die Regierung. Ich hatte aus dieser Annäherung das Vertrauen geschöpft, daß unsere Verhandlungen mit Rom mehr als früher Aussicht auf Erfolg hatten, und war denselben bereitwillig näher getreten. Dieses mein Vertrauen hat der Entmuthigung weichen müssen, nachdem während der abgelaufenen Session des preußischen Landtages das Centrum in Angelegenheiten, welche nicht entfernt das kirchliche Gebiet berühren, geschlossen die Regierung bekämpft und jede reichsfeindliche Bestrebung unter seinen Schutz genommen hat.

Am auffallendsten war das bei der Berathung über die Verlängerung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialisten. Obgleich diese Bestrebungen erst in dem Breve vom 24. Februar in Uebereinstimmung mit vielen vorangegangenen Kundgebungen des päpstlichen Stuhles auf das Nachdrücklichste verurtheilt waren, obgleich in einem Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. Januar 1879 an mich unter den erfreulichen seit der Thronbesteigung Seiner Heiligkeit erreichten Resultaten die offene und laute Erklärung der katholischen Unterthanen ihres vollen Vertrauens und ihrer völligen Ergebung in den Willen des heiligen Stuhles hervorgehoben ist, so hat doch das Centrum unter dem Vorwande, die Sozialisten allerdings bekämpfen zu wollen, nur nicht gerade so, wie die Regierung es wolle, mit den Sozialisten gestimmt, während andere Parteien, soweit sie nicht auch auf einen Umsturz hinarbeiten, ihre sonstigen Meinungsverschiedenheiten vergessend, die Verlängerung des Gesetzes genehmigt haben. Mit diesem Verhalten der katholischen Fraktion steht das Entgegenkommende der preußischen Regierung in eigenthümlichem Kontrast, indem diese Regierung innerhalb des ihr gelassenen Spielraums eine zunehmend milde Praxis in der Anwendung der kirchenpolitischen Gesetze bis auf den heutigen Tag hat walten lassen, wie das anliegende Verzeichniß der betreffenden Maßnahmen nachweist.

Es drängt sich die Frage auf, ob der päpstliche Stuhl nicht den Willen oder nicht die Macht hat, die klerikale Fraktion von der Beschützung derjenigen Bestrebungen abzuhalten, die er selbst so entschieden verdammt. Jedenfalls hat diese Wahrnehmung bei der königlichen Regierung die Hoffnung, daß das Entgegenkommen ein gegenseitiges sein werde, und das Vertrauen, daß die Verhandlungen in jetziger Sachlage zur Verständigung führen werden, wesentlich abgeschwächt. Dem ungeachtet wird die königliche Regierung in derselben friedliebenden Gesinnung, welche sie den ersten Eröffnungen Seiner Heiligkeit entgegenbrachte, und in der Theilnahme, welche sie stets für die verwaisten Gemeinden empfunden hat, nicht länger zögern, aus ihrer eigenen Initiative heraus diejenigen Maßregeln den gesetzgebenden Faktoren vorzuschlagen, welche mit den unveräußerlichen Rechten des Staates verträglich sind und nach ihrer Ueberzeugung und nach ihren Wahrnehmungen an anderen Ländern die Wiederherstellung einer geordneten Diözesan verwaltung und die Abhülfe des eingetretenen Priestermangels möglich machen.

Ueber den Moment, in welchem wir die Verhandlungen mit der Kurie fortsetzen können, werden wir uns zu erklären erst im Stande sein, nachdem der Landtag über die beabsichtigte Vorlage entschieden hat, was, wie wir hoffen, in wenigen Wochen der Fall sein wird. Es wird sich dann meines Erachtens hauptsächlich darum handeln, daß im Wege der Begnadigung und der Benutzung der von dem Landtage zu erlangenden freieren Bewegung auf dem Boden der Gesetze die Ausübung der bischöflichen Funktionen möglich gemacht wird, sei es durch die früheren Inhaber, sei es durch neue, vorausgesetzt, daß die einen wie die anderen die Anzeigepflicht erfüllen.

Euere Durchlaucht ersuche ich ganz ergebenst, das Vorstehende unter Ueberreichung des anliegenden Verzeichnisses mündlich, jedoch amtlich, zur Kenntniß des Pronuntius bringen zu wollen, mit dem Anheimstellen, ihm eine französische Uebersetzung davon zu geben.

(gez.) v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Heinrich VII. Reuß

Wien.“

„Berlin, den 21. Mai 1880.

Eurer Durchlaucht Berichte vom 17. und 19. d. Mts. — Nr. 242 und 247 — habe ich nach einander erhalten. Wie sich aus dem letzteren ergiebt, hat wieder eine Kreuzung der Korrespondenz stattgefunden, indem die Depesche des Kardinals Nina, welche die in Folge meines Erlasses vom 4. April geschehene Mittheilung des Staatsministerialbeschlusses vom 17. März beantwortet, und mein letzter Erlaß — Nr. 350 — beide vom 14. d. Mts. datirt sind. Dieser Zufall ist, obwohl beide Schriftstücke den einstweiligen Verzicht auf eine Fortsetzung der Verständigungsversuche aussprechen, doch um deshalb zu bedauern, weil meinem Erlaß Nr. 350 eine detaillirte Nachweisung der dem Papste vielleicht nicht vollständig bekannten Maßregeln beilag, welche wir seit Jahr und Tag innerhalb des Spielraums, den uns die Gesetze ließen, getroffen haben, um die durch den Konflikt entstandenen Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung und die von den päpstlichen Unterhändlern kundgegebenen Wünsche zu befriedigen.

Die durch die Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 14. d. Mts. übermittelten Entschließungen Seiner Heiligkeit beklage ich und kann sie nur aus zu hoch gespannten Zielen oder aus einem Mißverstehen der Situation erklären. Wir sind nicht in der Lage, in der Praxis ein weiteres Entgegenkommen zu üben, noch weniger die Abschaffung eines Gesetzes ohne den Landtag zu versprechen, selbst wenn wir dieselbe wollten; zu dem einen, wie zu dem anderen ist die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren erforderlich. Angenommen, wir wären mit dem päpstlichen Stuhle zu einer ihn befriedigenden Verständigung gelangt, so würden wir doch das Zugesagte nicht eher leisten können, als bis der Landtag es gebilligt hätte. Wenn die Kurie ihrerseits dagegen auftritt, daß die preußische Regierung sich die Machtvollkommenheit verschaffen wird, ihr mehr als bisher entgegenkommen zu können, so habe ich dafür kein Verständniß; jedenfalls kann diese ablehnende Haltung auf das, was wir im eigenen Lande zu thun haben, keine Wirkung üben. Wir müssen so regieren, wie die Gesetze es vorschreiben, und werden diejenigen Veränderungen derselben zu erreichen suchen, welche wir im Interesse unserer katholischen Mitbürger angezeigt und mit dem Wohle und den unveräußerlichen Rechten des Staates vereinbar finden. Die Art und Weise, wie dieses unser Entgegenkommen aufgenommen wird, muß uns den Eindruck machen, daß der Wille, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, entweder nicht ernst ist oder in seiner praktischen Bethätigung auf Hindernisse stößt; anderen Falles wäre es schwer, zu erklären, daß der Papst uns davon abräth, einen Weg zu betreten, der dahin zu führen bestimmt ist, die Bischöfe und die regelmäßige, ausreichende Seelsorge zurückzubringen, also das zu erfüllen, um was es dem Haupte der römischen Kirche zu thun sein muß und nach wiederholten Aeußerungen zu thun ist. Die Erklärung: wenn die preußische Regierung der katholischen Kirche keinen anderen Vortheil zugestehen wolle, als den, der in diskretionären Gewalten liege, so müsse die in dem Breve vom 24. Februar ausgesprochene und gegen Eure Durchlaucht wiederholte Ankündigung als non-avenue betrachtet werden, rechtfertigt die Vorsicht, mit welcher wir jene Ankündigung aufgenommen haben. Die ihr folgende Interpretation in der Depesche des Kardinals Nina vom 23. März hatte dieselbe bereits in Betreff der Zeit und des Umfanges der Erfüllung auf ein unbefriedigendes Maß beschränkt; jetzt wird dieselbe [illegible] zurückgenommen. Mit derselben Leichtigkeit [illegible] das auch zu jeder späteren Zeit haben ges[illegible] können.

Wenn, wie der Kardinal-Staatssekretär andeutet, der Papst genöthigt sein würde „de faire connaître aux catholiques l'issue de négociations“, so sind auch wir nicht mehr in der Lage, die bisher von uns beobachtete Zurückhaltung fortzusetzen, da der Ausgang der Verhandlungen nur durch die Veröffentlichung des ganzen Verlaufes und aller Phasen derselben verständlich werden kann.

Eurer Durchlaucht wird aus den öffentlichen Blättern bekannt sein, daß wir die in dem Staatsministerialbeschluß vom 17. März beabsichtigte Vorlage an den Landtag gebracht haben. Wir werden unsere Absichten in der Gesetzgebung zu verwirklichen suchen, ohne von der Kurie eine Gegenkonzession zu erhalten oder zu erwarten, lediglich im Interesse der katholischen Unterthanen Seiner Majestät des Königs. Wenn diese Bestrebungen der königlichen Regierung durch den Widerstand der päpstlichen Partei im Landtage zu Fall gebracht werden, oder wenn die Geistlichkeit von der ihr zu gewährenden Möglichkeit, die Seelsorge zu üben, keinen Gebrauch machen sollte, so können wir das nicht ändern, wissen uns aber auch für die Folgen nicht verantwortlich.

Eure Durchlaucht wollen Sich gefälligst nach Anleitung dieses Erlasses gegen den Pronuntius aussprechen.

gez. v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht
dem kaiserlichen Botschafter
Prinzen Heinrich VII. Reuß

Wien.“

— Das „Berl. Tageblatt“ schreibt zu dem Kampfe gegen Rom:

„Wenn bei internationalen Differenzen erst der Anfang mit der Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke gemacht wird, dann ist die Verwickelung bis zu einem Punkte gediehen, auf welchem jede Aussicht auf eine friedliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten verschwunden ist und der Kriegsfall nahe bevorsteht.“

An diese Aeußerung, die Fürst Bismarck vor einem Jahrzehnt gethan, muß man unwillkürlich erinnert werden, wenn man sieht, wie jetzt mit einem wahren Feuereifer die diplomatische Korrespondenz der höchsten Staatsbeamten in Sachen des kirchenpolitischen Konflikts in die Oeffentlichkeit geschleudert wird.

Auch in ihrer gestrigen Abendausgabe publizirt die „N. A. Z.“ wiederum drei Aktenstücke. Und während die bisher publizirte Korrespondenz aus dem Monat April datirte, stammen die neuesten Aktenstücke sämmtlich aus diesem Monat und tragen die Daten des 5., des 14. und des 21. Mai. Es ist in der diplomatischen Welt geradezu unerhört, daß derartige amtliche Schriftstücke, von denen das letzte kaum eine Woche alt ist, in solcher Art und Weise der Oeffentlichkeit übergeben werden. Schon dieser Umstand zeigt, daß der Reichskanzler jede Rücksicht auf die Kurie aufgegeben hat; freilich aber sehen wir aus den Aktenstücken selbst auch den Grund, der ihn zu diesem rücksichtslosen Vorgehen anspornt; dieser Grund ist ersichtlich die Drohung des Papstes, daß er seinerseits der katholischen Welt über den ganzen Verlauf der Angelegenheit Mittheilung machen werde.

Diesem päpstlichen Vorhaben ist Fürst Bismarck nun thatsächlich zuvorgekommen. Mit welchem Erfolg indeß, das bleibt noch abzuwarten. Die neuesten Publikationen bestätigen und erläutern nur, was aus den früheren schon bekannt war, daß nämlich der Papst auf die erste Kunde von dem Projekt der diskretionären Gewalt eine ablehnende Haltung eingenommen und diese durch den Pronuntius Jacobini späterhin nur ausführlicher hat motiviren lassen. Ersichtlich wird jetzt aber auch, daß diese Zurückweisung der Idee der diskretionären Gewalt seitens des Papstes nicht erst, wie das vielbesprochene römische Telegramm der „Köln. Ztg.“ glauben lassen mußte, aus den Tagen datirt, da der betreffende Gesetzentwurf an den Landtag gelangte, sondern bereits kundgegeben wurde, als der Papst auf amtlichem Wege Kenntniß von dem Staatsminist rialbeschluß erhielt, welcher jene Idee sanktionirt hatte.

Ebenso sehr ist aber auch Fürst Bismarck seinerseits im Recht, wenn er sagt, diese ablehnende Haltung des Papstes könne auf das, was wir im eigenen Lande zu thun haben, keine Wirkung üben. In der That, **wenn** die gesetzgebenden Faktoren Preußens das Gesetz zu Stande bringen, so mag die Kurie dagegen protestiren so viel sie will; es kann das die preußische Regierung nicht im mindesten beirren. Im Gegentheil wird sich die römische Hierarchie die Folgen ihres fortgesetzten Widerstandes lediglich selber beizumessen haben, denn daß dieselben vorzugsweise ihr selbst, und erst in zweiter Linie dem Staate, unangenehm fühlbar werden würden, bedarf nicht erst langer Auseinandersetzung.

Ziemlich ebenso klar aber ist, daß auch die Ablehnung der Vorlage über die diskretionärr Gewalt seitens des Abgeordnetenhvuses der Kurie keinerlei Vortheil bringen könnte. Formell könnte man ja darin allenfalls einen Triumph des Papstes sehen wollen, da er sich nun einmal gegen die Vorlage erklärt hat; sachlich aber wäre die Ablehnung für die Kirche eine Niederlage, da sie alsdann lediglich wieder den Gesetzen gegenüberstehen würde, denen sie sich angeblich schlechterdings nicht unterwerfen kann. Bei Seite lassen wollen wir hier die am Schlusse des letzten Schreibens angedeutete Meinung des Reichskanzlers, daß die Ablehnung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhause lediglich auf das Konto der Centrumspartei zu schreiben sein würde; wie die Dinge liegen, würden die Nationalliberalen mindestens die gleiche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen haben, die Fürst Bismarck dem Centrum allein aufbürden will.

Jedenfalls bleibt die Frage die wichtigste, wie Fürst Bismarck sich dem fortgesetzten Widerstand der Kurie gegenüber — mag die diskretionäre Gewalt nun bewilligt oder verweigert werden — verhalten würde. Und die hier sich eröffnenden Aussichten haben wahrlich für Rom nichts gerade Erfreuliches. Denn darüber möge der Papst sich nicht täuschen, ist der Krieg einmal entbrannt, so wird Fürst Bismarck ihn auch mit äußerster Energie zu führen wissen. In Frankreich steht der Ausbruch eines unter Umständen noch viel intensiveren Kampfes gegen die Kirche, als sie ihn bei uns heraufbeschworen hat, in naher Sicht; in Belgien ist die Spannung zwischen Staat und Kirche auf's Höchste gestiegen, und Niemand zweifelt wohl, daß es dem mächtigen Einfluß des Fürsten Bismarck ein Leichtes sein würde, dem Papste durch eine nachhaltige Unterstützung jener Regierungen eine Niederlage um die andere zu bereiten. Kommt zu diesen bedenklichen und bedrohlichen Aussichten aber vollends noch in Deutschland ein mit voller Macht wieder auflebender Kulturkampf, so dürfte Rom sicherlich nach keiner Richtung hin als Sieger aus den Konflikten hervorgehen.

Ausland.

Paris, 26. Mai. Gambetta soll Leon Say telegraphisch zu seiner Wahl zum Senatspräsidenten beglückwünscht haben. Die Deputirten Clemenceau, Barodet und Louis Blanc, die Delegirten der Abgeordneten von Paris, hatten heute Morgen eine Besprechung mit dem Minister des Innern über die am Sonntag stattgehabten Vorgänge. Der Minister erklärte unter Anderem auch energisch, daß er die Vorkehrungen und das Verfahren des Polizeipräsidenten vollständig billige, daß er bei gleichen Veranlassungen stets in derselben Weise handeln werde und daß übrigens die von gewissen Blättern der Polizei zugeschriebenen Brutalitäten erfunden seien. In Folge dieser Antwort steht für morgen eine Interpellation in Aussicht.

Der „Temps“ bestätigt, daß das nationale Fest der Fahnenverleihung an die Truppen nicht auf den 20. Juni, sondern, wie bereits gemeldet, auf den 14. Juli festgesetzt ist.

Provinzielles.

Stettin, 28. Mai. Am 2. Pfingstfeiertage veranstaltete der Dampfer „Pommern“ eine Extrafahrt von Greifswald nach der Insel Oie und scheinen die Theilnehmer derselben verschiedene höchst interessante Funde gemacht zu haben. Dem „Greifswalder Tagebl.“ wird von einem Theilnehmer darüber geschrieben: Die geologische und archäologische Expedition schien die meisten Schätze aufgefunden zu haben. So sahen wir ein 25 Kilogramm schweres Stück eines versteinerten Holzstammes, der Angabe nach unter die Ordnung der in vorsündfluthlicher Zeit auf der Oie gestandenen Coniferenarten gehörend, welches ein Schiffsknecht dem glücklichen Finder keuchend auf das Verdeck des Dampfers nachtrug. Versteinerte Paranüsse kamen vielfältig vor. Ferner der versteinerte Finger eines Hünen. Ein junger Mediziner wollte durch die für Kenner noch ersichtlichen Fingerwurzeln ganz bestimmt nachweisen, daß dieser Finger der kleinste der linken Hand gewesen sei. Ein versteinerter Backenzahn eines richtigen Hünen mit vollständig erhaltenen Wurzeln; nach der Ansicht eines sehr gelehrten Zoologen muß der zeitige Inhaber dieses Riesenzahns unbedingt ein Vegetarianer gewesen sein. Es wurde ferner vorgezeigt das genaue Modell des Opfersteins auf der Herthaburg und das versteinerte Riechfläschchen der Hertha, sowie das versteinerte Herz eines Hünenkindleins mit völlig verkrüppelten Herzkammern. Eine sehr interessante Versteinerung fand allgemeine Bewunderung; da diese jedoch mehr in die Abtheilung der geburtshülflichen Klinik gehört, so mag diese Andeutung genügen.

Ein Zoologe schien einen ganz besonders werthvollen Fund gemacht zu haben, bestehend in einem weißen Lendenknochen. Es wurde vielfach darüber gestritten, welchem menschlichen Geschöpfe derselbe wohl angehört haben möge. Schließlich entschied die Ansicht, daß dieser merkwürdige Knochen unzweifelhaft herrühren müsse von der weißen Dame von Boieldieu. Eine in der Versteinerung begriffene Gräte wurde als Gräte der Schwanzflosse eines vorweltlichen Riesensalamanders erklärt; nach der Ansicht eines jungen, sehr feurigen Zoologen sogar dem Schwanzende zugehörend des unlängst bei den Ausgrabungen in Olympia aufgefundenen prähistorischen Archäopterix, diese Urbestie zwischen Vogel und Reptil.

Es würde zu weit führen, wenn wir die lebend aufgefundenen jungen Salamander und Unkenarten, die vielen Funde von Bernstein, Versteinerungen, Pflanzenabdrücken 2c. beschreiben wollten; aber eine für Numismatiker sehr interessante Thatsache wollen wir nicht unerwähnt lassen, nämlich den merkwürdigen Fund zweier augenscheinlich mit Händegewalt zerbrochener Nickelgeldstücke, an welchen der Fingereindruck noch deutlich zu erkennen war. Ein in nicht gelehrten Kreisen nicht gering geschätzter Ethnologe behauptete, daß die in frühkulturhistorischer Zeit auf der Oie residirenden Hünenfürsten schon Nickelmünzen geschlagen haben müßten; er bezog sich für diese Ansicht auch auf eine aufgefundene alte Urkunde, die leider wegen sehr bedenklicher Flecken urschwer zu lesen war, dagegen schien das Datum der Ausfertigung und die Unterschrift noch deutlich erkennbar. Das Merkwürdige bei diesen Nickelstücken war, daß dieselben auf den ganz entgegengesetzten Enden der Insel ausgegraben worden sein sollen.

Das auch noch bewunderte Stück einer äußerst fabelhaften am Strande aufgefundenen Majolica-Schüssel phönizischen Ursprungs bestärkte verschiedene Kenner des Alterthums in der Annahme, daß in vorchristlicher Zeit die Kulturvölker Klein-Asiens und der Oie unzweifelhaft im regsten Seeverkehr gestanden haben müssen. Vertreter der hiesigen Kaufmannskompagnie behaupteten, dies schon in den vorsündfluthlichen Akten der hiesigen alten Hansa bestätigt gefunden zu haben. Wer beschreibt noch weiter die übrigen märchenhaften Funde! Wir hoffen, daß der angeregte Gedanke einer Kollektiv-Ausstellung dieser fabelhaften Funde seitens der glücklichen Besitzer fest gehalten und demnächst zu Nutz und Frommen aller Wißbegierigen zur Ausführung gelangen wird.

Soweit der Theilnehmer im „Greifsw. Tageblatt“, dessen lustige Entdeckungsgeschichte wir unverkürzt mitgetheilt haben zum Beweise, daß auch auf der Universität Greifswald noch lustige, von frischem Humor beseelte Burschen zu finden sind, denn als etwas anderes als ein Studenten-Ulk ist doch die Sache nicht zu betrachten.

— Die im hiesigen Vulkan gebaute Korvette Freiherr **von Stein**, mit deren Ueberführung von hier nach Kiel der hiesige Lootsenkommandeur **Barandon** betraut worden war, ist unterwegs bei hellem Wetter circa 4 Uhr Morgens auf ein Riff Danserort bei Prerow gerathen. Das Riff ist etwa eine deutsche Meile vom Lande entfernt, aber auf den Seekarten ausdrücklich vermerkt. Das Schiff kam nur mit Mühe wieder ab; wenn das Wetter stürmisch war und der Wind dem Lande zustand, so wäre das Schiff, das ca. 4,000,000 Mark gekostet haben soll, unbedingt verloren gewesen. Wie man uns mittheilt, soll schon vor der Strandung ein verdächtiges Mullen der Schraube, als befände man sich auf flachem Wasser, bemerkt, der Kours aber trotzdem nicht geändert worden sein. Hoffentlich wird das hiesige Seegericht Veranlassung nehmen, den Vorfall näher zu untersuchen und den etwaigen Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Den Schaden trägt einstweilen der „Vulkan“ resp. die Versicherungsgesellschaft, da der „Stein“ von der Marine selbst erst in Kiel abgenommen werden sollte. Das Schiff ist zur Ausbesserung des Schadens inzwischen in Kiel gedockt.

— Die gestrige Vorstellung im Circus **Herzog** bot zum ersten Male das Ausstattungsstück „Die Nibelungen oder der gehörnte Siegfried“ und erzielte Herr Direktor Herzog damit einen vollen Erfolg. Wenn schon in „Tausend und eine Nacht“ eine so mannigfache Augenweide geboten war, daß man eine Steigerung kaum für möglich hielt, so wird es durch die Nibelungen doch noch an Pracht übertroffen. Die erste Abtheilung, „Siegfrieds Abschied vom Elternhause“, bietet schon eine Reihe der effektvollsten Bilder; außer dem Ballet und den sehr geschickt arrangirten Gruppirungen fand darin besonders ein Schwertertanz lebhaften Beifall. In der zweiten Abtheilung wird Siegfried durch Gnomen vor die Höhle des Drachen geführt und während die Gnomen eiligst entfliehen, tritt der Drache Feuer schnaubend aus der Höhle und Siegfried nimmt den Kampf mit ihm auf, tödtet ihn und befreit Chrimhilde. In der dritten Abtheilung, in welcher uns König Gunther's Wer ung um Brunhilde vorgeführt wird, fesselt besonders der Zweikampf Siegfrieds mit Brunhilde und der Walkürenritt, von 20 Damen der Gesellschaft ausgeführt. Daran schließen sich 4 lebende Bilder, welche in der Manege auf einem hohen beweglichen Pidestale gestellt werden; dieselben veranschaulichen die Doppelhochzeit Gunther's mit Brunhilde und Siegfried's mit Chrimhilde, die Ermordung Siegfried's durch Hagen auf der Jagd, die Versenkung des Nibelungenschatzes in den Rhein durch Hagen und als Schlußtableau: Apotheose. Das ganze, sehr geschickt ausgeführte Arrangement hält sich genau an die deutsche Sage; für Diejenigen, welchen diese unbekannt sein sollte, sind bei den Billeteurs ausführliche Textbücher zu haben. Das Ausstattungsstück wurde vom Publikum mit allseitigem Beifall aufgenommen und Herr Direktor Herzog am Schluß stürmisch gerufen. Auch die vor den Nibelungen aufgeführten Nummern in Pferdedressur, Schul- und Kunstreiten befriedigten allgemein, besonders erregte die vollendete Dressur des Fuchshengstes Osman Pascha durch Herrn Direktor Herzog wieder Bewunderung und wurde dem Direktor am Schlusse ein Lorbeerkranz aus dem Publikum überreicht, während den Damen durch einen Kunst-Enthusiasten prächtige Blumenbouquets gespendet wurden. Wir können den Besuch der Vorstellungen, welche übrigens bald ihr Ende erreichen werden, warm empfehlen.

— Zwingt Jemand einen Anderen, welcher eine Strafthat begangen, zu einer Geldleistung an die Ortsarmenkasse zum Zweck der Sühne der Strafthat mit der Drohung, daß, wenn dieser diese Geldbuße nicht freiwillig leiste, er die Sache zur Anzeige bringen werde, so ist er, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, II. Straffenats, vom 19. März d. J., wegen Erpressung aus § 253 Str.-G.-B. zu bestrafen.

— Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr brach auf dem Grundstücke Schwarzer Damm Nr. 1 in der Chamottfabrik Feuer aus, welches dadurch entstand, daß ein Arbeiter Robert Schumann aus eigenem Antriebe das Dach eines Trockenschuppens zu theeren begann und zu diesem Zwecke den Theer in einem Behälter auf dem Dache kochte. Während sich Schumann auf kurze Zeit entfernt hatte, kochte der Theer über und setzte die frisch gestrichenen Stellen sofort in Brand. Den schnell herbeigeeilten Arbeitern gelang es, die Gefahr zu beseitigen, ehe die Feuerwehr zur Stelle war.

— Durch eigene Schuld stürzte der Brauergeselle Ludwig **Fredrich** in der Johannisberg-Brauerei in Grünhof von einer Treppe und erlitt einen Schädelbruch. Der Verunglückte wurde nach der Kranken-Anstalt „Bethanien“ gebracht, doch wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

— Ein Schuhmacher **Mianowitz**, wohnend bei der Wittwe Albrecht, Krautmarkt Nr. 1, entfernte sich gestern von dort heimlich, nachdem er ein Kleiderspind erbrochen und daraus Garderobe im Werthe von circa 17 Mark entwendet hatte; außerdem öffnete er eine Kiste mittelst Nachschlüssel und nahm daraus einen goldenen Trauring und 36 Mk. baares Geld.

†† **Tempelburg**, 25. Mai. Gestern Morgen um sechs ein halb Uhr brannte in dem Dorfe Groß-Linichen, 15 Kilometer von hier entfernt, die Scheune des Gemeindevorstehers Herrn Friedrich **Zunker** total nieder. Getreide- und Futtervorräthe, sowie drei Schweine und Ackergeräthschaften sind mit verbrannt. Herr Zunker hatte bei dem großen Brande in Linichen 1874 das Unglück, sein ganzes Gehöft, damals nur die Gebäude niedrig versichert, einzubüßen und ist durch diesen Fall, wo die alte Wunde kaum vernarbt, wieder sehr unangenehm berührt. Das Gebäude ist bei der Neumärkischen Land-Feuer-Sozietät, der Inhalt jedoch nur sehr mäßig bei der in hiesiger Gegend allgemein beliebten und ausgebreiteten Berlin-Kölnischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft versichert. Die Entstehungs-Ursache des Feuers ist bisher unbekannt.

Greifswald, 26. Mai. Dieser Tage ist der Verkauf der Glewitzer Fähre an die Regierung zum Preise von 22,500 M. perfekt geworden. Bekanntlich hat unsere Stadt seit Jahrhunderten die Fährgerechtigkeit ausgeübt. Nachdem aber die Kosten der Unterhaltung von Jahr zu Jahr namentlich infolge der großen Sturmfluthen immer höher stiegen, — irren wir nicht, so sind in den letzten Jahrzehnten nahe an 100,000 M. für diese Fähre verausgabt — so suchte sich die Stadt von dieser schweren Last freizumachen, was ihr auch im Wege des Prozesses gelang. Wir können uns zu dem endlichen Abschluß dieser Angelegenheit nur gratuliren.

Vermischtes.

— Der Spleen scheint schon von jeher eine Nationaleigenthümlichkeit der Engländer gewesen zu sein und kein Land hat wohl zahlreichere und größere Narren, die in der Sucht nach originellen Thaten auf die tollsten Einfälle geriethen, beherbergt als das stolze Britannien. Von einem einzig in seiner Art dastehenden Fall, der selbst im jetzigen Amerika Sensation machen dürfte, erzählt der „Hamb. Corr.“ unterm 27. November 1780, resp. in der jetzigen Jubiläumsausgabe dieses Blattes: „Das folgende Avertissement, welches in Handzetteln ausgetheilt, und heute sogar in den Zeitungen zu lesen ist, wird vermuthlich das erste in seiner Art sein: „Thomas Touchwood, dem mit seinem Leben nicht weiter gedient ist, will sich am Montage, den letzten November, auf Subskription erschießen. — Da diese Art einer öffentlichen Unterhaltung ganz neu ist, so hofft er, sie werde die Aufmerksamkeit und Begünstigung eines geehrten Publikums verdienen. Er wird sich zweier scharf geladener Pistolen bedienen und eine durch den Unterleib und die andere durch den Kopf abfeuern. Ein Saal in Pantonstreet, am Haymarket, ist sehr bequem zu dieser Expedition eingerichtet. Damen, die früher subskribiren, werden die besten Sitze erhalten, wo sie die Verzuckungen, Gesichtsverdrehungen, den Todeskampf und das Gehirn des Sterbenden auf das Vollkommenste und Genaueste werden sehen und beobachten können. Die Thüren zur Sterbebühne werden um acht Uhr eröffnet und auf den Schlag Neun wird sich Herr Touchwood erschießen. Der Subskriptionspreis ist eine halbe Guinee.“ — Eine spätere Notiz aus London meldet, daß die Polizei diese „neue Art öffentlicher Unterhaltung“ verbot und so mußte denn Herr Touchwood seine „Sterbebühne“ abschlagen lassen und auf das gute Geschäft verzichten. Wir wollen nachträglich annehmen, daß seine guten Freunde ihn rechtzeitig dorthin expedirt haben, wohin er gehörte, ins — Irrenhaus.

Telegraphische Depeschen.

Bromberg, 27. Mai. Der Minister Dr. Lucius und der Oberpräsident Günther sind heute Nachmittag hier eingetroffen und haben im Laufe des Tages noch die Provinzial-Gewerbe-Ausstellung besucht. Die landwirthschaftliche Ausstellung wird morgen eröffnet.

Paris, 27. Mai. Senat. Der Präsident verlas eine Zuschrift Leon Say's, worin er seinen Dank ausspricht für seine Wahl zum Präsidenten und zugleich anzeigt, daß er bei dem Präsidenten Grevy um Enthebung von dem Botschafterposten in London nachgesucht habe.

London, 27. Mai. Wie es heißt, werde bei dem Zusammentreten der Nachkonferenz in Aussicht genommen, daß zur Regulirung der griechischen Grenze eine technische Kommission der Konferenz folge, welche auf Grund der gefaßten Beschlüsse an Ort und Stelle ihre Arbeiten vornehme.

Petersburg, 27. Mai. Ein heute veröffentlichtes Bulletin sagt, daß der Gesundheitszustand der Kaiserin in der letzten Woche keine wesentliche Veränderung erfahren habe.

Bukarest, 27. Mai. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine von den Muhamedanern in der Dobrudscha bei Gelegenheit der Feier des 22. d. M. an den Fürsten Karl gerichtete Adresse, worin es heißt, daß die Muhamedaner in Anbetracht der Rechtsgleichheit und des Schutzes, die sie unter den rumänischen Gesetzen besäßen, sich glücklich fühlten, in würdiger Weise und als Rumänen den Jahrestag der Thronbesteigung des Fürsten begehen zu können und daß sie demselben eine lange und glorreiche Regierung wünschten.